

# Die vernünftigste Einschätzung zur Elternzeit liefert die Anstalt, die die Bezahlung regeln soll

Die Vernehmlassungsfrist für die Elternzeit-Vorlage der Regierung ist verstrichen. Überraschendes kam bei den bisherigen Stellungnahmen nicht heraus. Gewerkschaft und soziale Organisationen pochen weiter auf die 80-Prozent-Lösung – will heissen: Väter und Mütter in Elternzeit sollen 80 Prozent ihres AHV-pflichtigen Lohns erhalten.

Währenddessen windet sich die Wirtschaft. Sie signalisiert zwar vorn her, wie wichtig die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei. In Wirklichkeit – und das ist zwischen den Zeilen der Stellungnahmen von Wirtschaftskammer und LIHK deutlich herauszulesen – sehen viele Firmenchefinnen und -chefs die geplante Elternzeit vor allem als notwendiges (Stichwort Arbeitskräftemangel), aber dennoch lästiges Übel.

Beide Haltungen sind logisch und nachvollziehbar. Die Seite der Arbeitnehmenden will möglichst viel für die Väter und Mütter des Landes herauschlagen, damit die Elternzeit auch wirklich genutzt wird. Die Wirtschaft will – auch das ist nur natürlich – (zusätzliche) Kosten vermeiden.

Eigeninteressen sind nie geeignet, einen klaren Blick zu



In der Debatte um die geplante Elternzeit bringt nun auch die Familienausgleichskasse ihre Sicht der Dinge ein.

Bild: Keystone

behalten. Umso aufschlussreicher ist darum die Stellungnahme der AHV-IV-FAK. Hinter dem dritten Kürzel steckt die Familienausgleichskasse, also diejenige Institution, über die die Bezahlung der Elternzeit gemäss Regierungsplan abgewickelt werden soll.

Die FAK schafft es in ihrem Schreiben, die heisse Kartoffel anzufassen – die Finanzierung –, und zerpfückt dabei die Kostenschätzung der Regie-

rung. Diese geht von Kosten von maximal 6,7 Millionen pro Jahr aus. Aus Sicht der FAK ist diese Überschlagsrechnung unrealistisch; nur im schlimmstmöglichen Fall würden Kosten in dieser Höhe anfallen. «Die Schätzung unterstellt drei Parameter, die in dieser Kombination nicht eintreffen werden», heisst es in der Stellungnahme.

So werde unterstellt, dass wirklich alle Eltern die neue

Leistung beanspruchen, dass alle die Leistung vollumfänglich ausschöpfen – bezahlt wären zwei Monate – und dass jeder dieser Väter und Mütter einen Lohn in Höhe der doppelten Höchstrente mit nach Hause nehme. Dabei handle es sich um einen «äusserst unwahrscheinlichen <worst case>», so die FAK. Gleichzeitig ist die Vorsorgeeinrichtung ehrlich und objektiv genug zu sagen, dass sie rein finanziell «sehr wohl in der Lage» sei,

die von der Regierung genannte «Worst Case»-Zahl von jährlich 6,7 Millionen zu stemmen.

Auch dem Schreckgespenst der Wirtschaft – sie hat jetzt schon Angst vor steigenden Lohnnebenkosten – nimmt die FAK seinen sprichwörtlichen Schrecken. Die Anstalt rechnet vor, was ein um 0,1 Prozentpunkte höherer Beitragssatz für die Arbeitgeber bedeuten würde: Für einen Angestellten,

der den Medianlohn von 6850 Franken verdient, wären es gerade einmal 82,20 zusätzliche Franken im Jahr pro Mann oder Frau. Der FAK würde es handkehrum 3,4 Millionen Franken jährliche Mehreinnahmen bescheren.

Unterm Strich wäre also mehr Geld vorhanden, das die FAK den Familien in Liechtenstein zugutekommen lassen könnte. Und um sie geht es letztlich – auch wenn das die Arbeitgeberseite manchmal zu vergessen scheint.

Zu guter Letzt bringt die FAK noch einen weiteren Bonus ins Spiel, an den bisher nur wenige gedacht haben: Führt die geplante Elternzeit wie erhofft dazu, dass sich Mütter in Liechtenstein verstärkt am Erwerbsleben beteiligen – und das nützt auch der Wirtschaft –, stellt das die Finanzierung der AHV auf solidere Beine. Darum ist zu hoffen, dass sich Staat, Arbeitgeber und Angestellte bald auf eine fair ausgestaltete Lösung einigen können.



Valeska Blank